



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gefaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Tariffbewegung im Schriftgießergewerbe.

Wir haben im Dezember v. J. berichtet, daß die Tarifverhandlungen im Schriftgießergewerbe wieder einmal ergebnislos verlaufen sind, weil die Unternehmer Verschlechterungsanträge gestellt hatten, deren Annahme für uns unmöglich war. Am 26. Januar trat dieserhalb ein vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteter Schlichtungsausschuß zusammen, der nach Vereinbarung über die folgenden wichtigsten Streitpunkte verhandeln sollte:

1. Vertragsparteien.
2. Beruflicher Geltungsbereich.
3. Erfaß von Arbeitskräften. (In Verbindung hiermit: Lehrlingsausbildung, Einstellung Berufsfremder Mehr- und Überarbeit und Feiertagsbezahlung.)
4. Übergang zum reinen Akkord, verbürgter Lohn für Akkordarbeiter.
5. Vertragsdauer.

Entlohnung.

Eine Einigung in den Vorverhandlungen war nicht zu erzielen, weshalb noch am 26. Januar abends die Schlichtungstammer zusammentrat, welche nach dreitägiger Verhandlung nachfolgenden Schiedspruch fällte:

Beglaubigte Abschrift Berlin, den 28. Januar 1926. zu III C 408/26.

Im Tariffstreit zwischen dem Verein Deutscher Schriftgießereien e. V. in Leipzig und der Zentralkommission der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands als Vertreterin des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, hat die Schlichtungstammer, die auf Grund des Artikels 1 § 2 Absatz 1 Satz 2 der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter gebildet hat, in ihren Sitzungen vom 26., 27. und 28. Januar 1926 im Reichsarbeitsministerium, an der teilgenommen haben die Herren:

Bauer vom Reichsarbeitsministerium — als Schlichter —, Fabrikant Ludwig, Schriftgießereibesitzer Borchardt, Direktor, Diplomingenieur Karl Graumann — als Beisitzer auf Arbeitgeberseite —, Gewerkschaftsangehelliger Krauß, Gewerkschaftsangehelliger Bucher, Schriftgießer Zahn — als Beisitzer auf Arbeitnehmerseite —, nach erfolglosen Einigungsverhandlungen heute folgenden Schiedspruch gefällig:

- A. Der deutsche Schriftgießertarif wird abgeschlossen zwischen dem Verein Deutscher Buchdrucker e. V. in Leipzig — einerseits — und dem Verband der Deutschen Buchdrucker sowie dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands — beide vertreten durch die Zentralkommission der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands — andererseits —
- B. Beruflicher Geltungsbereich. Absatz a-c wie im bisherigen Manteltarif § 1, Absatz (1) a-c. Absatz d: Messinglinienarbeiter. (Bemerkung des Schlichters: Arbeiter und Arbeiterinnen der Mergel- und Matrizenherstellung — einsch. deren Maschinen-Stempelschneider — fallen nicht unter den deutschen Schriftgießertarif.) Absatz e: wie im bisherigen Manteltarif § 1 Absatz (1) e. Absatz f: Berufsfremde, die in den Schriftgießereiarbeitungen der Handbellschriftgießereien beschäftigt werden.
- C. Der Manteltarif gilt ab 1. März 1926 bis zum 28. Februar 1927. Wird er nicht 2 Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt, läuft er mit der gleichen Kündigungsfrist auf je ein Jahr weiter.

II. Das am 31. Dezember 1925 abgelaufene Lohnabkommen wird mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab wieder in Kraft gesetzt und läuft bis zum 27. April 1926 einschließlich. Wird es nicht zwei Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt, so läuft es mit der gleichen Kündigungsfrist auf je acht Wochen weiter.

III. Hinsichtlich der übrigen strittigen Manteltarif- und Reichslohn-Tariffbestimmungen haben die Parteien zu verhandeln. Für den Fall der Nichteinigung tritt auf Antrag einer Partei die Schlichtungstammer erneut zusammen. Der Schlichter. gez. Bauer. Frist für die Erklärung der Parteien untereinander und mir gegenüber: 13. Februar 1926.

Außerdem wurde eine Vereinbarung getroffen, die von beiden Parteien als angenommen gilt, falls der Schiedspruch zum Verträge erhoben wird. Diese Vereinbarung hat folgenden Wortlaut: Beglaubigte Abschrift Berlin, den 28. Januar 1926. zu III C 408/26. im Reichsarbeitsministerium.

Zwischen dem Verein Deutscher Schriftgießereien e. V. in Leipzig und dem Verband der Deutschen Buchdrucker und dem Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, vertreten durch die Zentralkommission der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, vereinbaren die Parteien für den Fall, daß der Inhalt des Schiedspruches vom heutigen Tage zum Vertrag wird:

I. Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in der Messinglinienherstellung sollen folgende Bestimmungen des bisherigen deutschen Schriftgießertarifs: § 2 Abs. (7), B 2 Bemerkungen, Ziffer (1), § 6 Abs. (2) in Verbindung mit den Festlegungen über Akkordarbeit und Grundgebühr den Bedürfnissen dieser Betriebe oder Abteilungen entsprechend abgeändert werden. Nach Verkündigung hierüber soll in der Beratung der Sondertarife für die Messinglinienabteilungen unverzüglich eingetreten werden. Nach Verkündigung hierüber soll in der Beratung der Sondertarife für die Messinglinienabteilungen unverzüglich eingetreten werden.

Im Falle der Nichteinigung gelten die Bestimmungen unter III des heutigen Schiedspruches.

1. Die bisherige Lehrlingsstaffel wird aufrechterhalten. 2. Im Bedarfsfälle von weiteren Arbeitskräften ist bei dem Vorhandensein von sachlich geeigneten arbeitstüchtigen Schriftgießern zuerst zu versuchen, im Wege der Ueberleitung der Arbeitslosen nach den entsprechenden Orten Abhilfe zu schaffen.
3. Sofern nicht durch vermehrte Einstellung von Arbeitskräften, sondern durch sich auf einen längeren Zeitraum erstreckende Ueberstundenarbeit in außergewöhnlichen Fällen eine Steigerung der Produktion erreicht werden kann, ist die Organisation bereit, sich hierfür einzusetzen. Bei eintretendem Bedarf an weiteren Arbeitskräften sind die Handbellschneidereien berechtigt, soweit sachlich geeignete gelernte Arbeitskräfte nicht innerhalb 14 Tagen zu beschaffen sind, bis zu weiteren 10 Proz. Berufsfremde, gemessen an der am 1. Januar 1926 bei den einzelnen Betrieben vorhandenen gewesenen Anzahl gelernter Schriftgießer, einzustellen.

Die Arbeitnehmerverbände verpflichten sich, darauf hinzuwirken, daß in solchen Fällen die Steigerung der Erzeugung durch Mithilfe ihrer Mitglieder gefördert wird. Hinsichtlich der Berufsfremden gelten die Bestimmungen der Absätze (2) bis (4) unter „B 2 Bemerkungen“ der bisherigen Lohnordnung mit der Maßgabe, daß Berufsfremde sich nach einjähriger Ausbildungszeit der Prüfung gemäß Lehrlingsprüfungsordnung unterziehen können, wenn sie am Prüfungstage das 21. Lebensjahr vollendet haben.

Bei Entlassungen wegen Arbeitsmangel müssen unter Vermittlung wirtschaftlicher Hären die zuletzt eingestellten Berufsfremden in erster Reihe entlassen werden. Für den Verein Deutscher Schriftgießereien e. V. in Leipzig gez. Dr. Jolles. Für die obengenannten Arbeitnehmerverbände: Die Zentralkommission der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands gez. Hugo Flaschmann. Beglaubigt: gez. Bauer Hilfsreferent im Reichsarbeitsministerium.

Wir beschränken uns heute darauf, nur den Schiedspruch und die Vereinbarung im Wortlaut bekanntzugeben und werden zu gegebener Zeit auf diesen Tarifkonflikt noch ausführlicher eingehen.

Die Wandlung.

Das haben die deutschen Buchdruckereibesitzer und ihre Synodi sicher nicht gewollt, was sie durch die in letzter Minute noch ausgesprochene Kündigung des „Reichstarfs für das deutsche Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal“ herbeigeführt haben! Sie haben erreicht, daß unsere Berliner Mitgliedschaft absolut einmütig sich zu dem hohen Gedanken des zentralen, korporativen Arbeitsvertrages, das heißt also zum Reichstarif bekannt hat. Es war für diejenigen von uns, die die jahrelange, mit mehr oder weniger Leidenschaft geführte Diskussion über den Tarifgedanken überhaupt mit erlebt und an ihr teilgenommen haben, ein eigenartiges Gefühl innerer Befriedigung, als kein geringerer als der Kollege Paul Preising, dem man wohl nicht mit Unrecht eine gewisse Oppositionsführerrolle nachsagt, vor überfüllter Versammlung, entgegen seiner bisherigen Auffassung, sich rüchthaltlos zu der Tarifgemeinschaft, die er auf das ganze graphische Gewerbe einheitlich ausgedehnt wissen will, bekannte. Die uns einigermaßen selbstständig erscheinende Tatit unserer geliebten Unternehmerführer hat es also fertig bekommen, daß die verbissenen Gegner des Tarifgedankens sich jetzt offen zu diesem bekehrt haben. Im wahren Sinne des Wortes wurde hier aus einem Saulus ein Paulus! Und das hat mit ihrer Kündigung die Unternehmerorganisation getan.

Selbstfalls kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß es bei dem uns unmittelbar bevorstehenden Kampf um die Erhaltung und den so bitter notwendigen Ausbau im besten Sinne unserer Tarifvereinbarung nur ein geschlossenes Ganzes aus Arbeitnehmerseite gibt, und unsere Herren Unternehmer sollen und müssen enttäuscht werden, wenn sie auch nur entfernt mit einer Opposition in unseren Reihen gerechnet haben. Im anderen Lager — nicht im eigenen — steht der Feind! Das haben jetzt auch diejenigen unserer Kollegen begriffen, von denen wir gelegentlich falsche Auffassungen von den Aufgaben einer Gewerkschaft zu hören betamen, und es müßte ganz fonderbar zugehen, wenn eine so selbstgefällige, in ihrem inneren Kern und Aufbau absolut gesunde Organisation wie die unsrige in einem ihr aufzugehungenen Kampf um die einfachsten Menschenrechte ihrer Mitglieder nicht letzten Endes siegen sollte.

Was uns noch zu tun übrig bleibt, ist zunächst die Pflicht, auch die letzten uns noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen ihrer Organisation neu oder wieder zuzuführen! Groß ist deren Zahl nicht, das sei einmaligen Bestimmten gesagt, aber der Ehrgeiz der Berliner Zahlstelle unseres Verbandes muß es durchsetzen, daß von unorganisiertem Buch- oder Steindruckereihilfspersonal in Berlin nicht mehr gesprochen werden kann!

Recht erfreulich berührt das rege Leben im ganzen Verbandsgebiet. Diese Nummer unserer Verbandszeitung gibt wieder einen Auschnitt aus der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Kollegenschaft im Reich, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. So muß es sein und so soll es bleiben.

Darum, Kollegenschaft Berlins und des übrigen Verbandsgebietes! Durch intensivste Arbeit für die Organisation zur geschlossenen Phalanx, und dann vorwärts zu Kampf und Erfolg!

Es lebe der Kampf!! Zur eventuellen Tarifrenewierung selbst seien noch ein paar Worte gestattet. Auch die Anhänger des Tarifgedankens sind des nicht um des Tarifes willen, sondern weil wir in dem kollektiven Arbeitsvertrag auf zentraler Grundlage für unser Gewerbe eine naturnotwendige Entwicklungsstufe sehen, die sich bei einigermaßen korrektem Inhalt und seiner Anwendung für alle drei Teile, Prinzipal, Gehilfe und Hilfsarbeiter, zum Vorteil auswirken muß. Wir denken nicht daran, einen Tarif unter allen Umständen herbeizuführen zu wollen, so weit geht die Freundschaft nicht! Wir werden zu rechter Zeit unsere Wünsche und Vorschläge den zuständigen Stellen einreichen und das Resultat der Bemühungen abwarten. Eine gewissenhafte Prüfung der Licht- und Schattenseiten des Ergebnisses wird ausschlaggebend für Annahme oder Ablehnung sein. Bgm.

Vor einer Abwägung der Krise?

Zur wirtschaftlichen Lage des Deutschen Reiches.

Der erste Monat des neuen Jahres stand im Zeichen einer scharfen Krise der industriellen Produktion. Bereits Anfang des Jahres gab es 1 1/2 Millionen hauptunterstützungsberechtigte Arbeitslose, wozu noch die ungeheure Verbreitung der Kurzarbeit, die in fast sämtlichen Industrien um sich griff, hinzukam. Weit über das im Winter übliche Maß hinaus hat sich die Beschäftigungslage verschlechtert, und diese Verschlechterung erstreckte sich auch auf Industriezweige wie die Textilindustrie, die im abgelaufenen Jahre noch bis zu den späten Herbstmonaten gut beschäftigt waren. An dieser Stelle müssen wir auf die eingehende Schilderung der Konjunkturlage in den einzelnen Industriezweigen verzichten; fast sämtlich sind sie in den Strudel der Krise hineingezogen worden. Die Frage ist nur die, ob mit der Fortdauer, ja Verschärfung dieser Krise gerechnet werden muß, oder aber ob sich Zeichen einer bevorstehenden Besserung zeigen. Es gibt manche Beobachter des Wirtschaftslebens, welche das letztere vorherzagen, ja behaupten, daß die Besserung bis zu einem gewissen Grade bereits eingetreten sei, wenn sie auch nicht in einer Zunahme der Beschäftigten zum Ausdruck komme, sondern zunächst nur in einem verlangsamten Tempo der Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Sie weisen auf die Verbesserung des Kohlenmarktes, ja auf eine gewisse Besserstellung des Eisen- und Stahlmarktes hin. Wenn auch die Rohstoffgemeinschaft für Februar eine Produktionsbeschränkung von 35 Prozent angeordnet hat, so sollen doch für die Schwerindustrie bessere Aussichten vorhanden sein: vermehrte Bestellungen der Reichsbahn für Obermaterial (nicht aber für Lokomotiven oder Waggonen), Aussichten auf zunehmende Bautätigkeit, vermehrte Auslandsaufträge (wenn auch nur deshalb, weil die französische und belgische Schwerindustrie infolge der Ueberfüllung mit Aufträgen seine weiteren annehmen kann und diese auf den deutschen Markt hinüberleitet), die bevorstehende Vereinbarung mit dem Saargebiet und Luxemburg, wodurch die Schwerindustrie dieser Gebiete in die deutschen Eisenartikelle eingegliedert werden soll. Aussichten auf neue Betriebskapitalien durch Auslandsanleihen, vor allem aber die bevorstehende Gründung des Montantrusts; ferner neue Schiffbauaufträge, welche vornehmlich der Maschinenindustrie zugute kommen — auf diese Momente stützen sich die Erwartungen auf eine Belebung der Schwerindustrie. Aber auch für andere Industriezweige wird die Belebung der Konjunktur oder wenigstens die Möglichkeit dafür in absehbarer Zeit behauptet. In der Tat gibt es eine Anzahl von Umständen, die eine solche Entwicklung für die nahe Zukunft nicht unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Die außerordentlich große Erhöhung der Aktienkurse an den Börsen kann freilich nicht als Zeichen für eine Besserung der Konjunkturlage angesehen werden. Eher kann man das Gegenteil behaupten; infolge der Wirtschaftskrise und der dadurch bedingten Verminderung der Industrietaätigkeit werden Kapitalien frei, welche Anlage auf dem Effektenmarkt suchen. Es wird weniger auf Vorrat gearbeitet und infolge der Erschütterung des Vertrauens weniger Kredit der Industrie zugeführt. Derart schwinden freie Kapitalien im Verkehr. Dazu kommen die verhältnismäßig großen Bankbestände, welche mit Rücksicht auf die Jahresbilanz Ende des Jahres absichtlich hoch gehalten wurden und nun keine Verwendung finden, und auch die Erlöse aus den Auslandsanleihen, welche vorerst noch nicht ihrer wüchigen Bestimmung zugeführt wurden. Dadurch entsteht eine außerordentliche Geldfülligkeit, die zu einem Teil in Aktien angelegt wird. Andere Umstände tragen zwar auch zur Erhöhung der Börsenkurse bei, darunter die Sicherheit, daß der Montantrust bald geschaffen wird, und das endlich erwachte Interesse des Auslandes für den Aktienmarkt. In der letzten Zeit erfolgten auch Aktienkäufe des Auslandes. So konnte im Dezember die Distantgesellschaft im Januar die Dresdner Bank Aktienpakete in Amerika an den Mann bringen, ja es wurden zwei deutsch-amerikanische Gesellschaften European Shares Co. und German Credit Investment Co. mit 5 bzw. 2 Millionen Dollar Kapital gegründet, erstere zum Zweck des Ankaufs verschiedener deutscher Aktien, letztere vornehmlich für Kreditgewährung, aber auch für den Aktienkauf. Somit aber ist die Ueberführung der überflüssigen Kapitalien von kurzfristiger zur langfristigen Anlage eine Vorbedingung der Belebung der Industriekonjunktur, noch nicht erfüllt. Die Herabsetzung des Diskontsatzes der Reichsbank von 9 auf 8 Prozent soll auch diesen Zweck verfolgen, zumal die Herabsetzung der Bankrate gleichzeitig mit der Lockerung der Kreditbeschränkung (Rontingentierung) erfolgt. Allerdings ist die Krise gegenwärtig noch derart scharf, daß die Mittel der Reichsbank auch für langfristige Kredite nicht genug in Anspruch genommen werden. Der Landwirtschaft sollen wieder neue Kredite zugeführt werden. Die Goldkreditbank, eine ursprünglich zur Förderung der Industrieausfuhr geschaffene Einrichtung, soll rüchsig in durch die Vermittlung der Rentendank der Landwirtschaft Kredite auf 1 bis 3 Jahre zu niedrigem Zinsfuß gewähren. Die Textilindustrie ist bestrebt, eine staatliche Garantie für ihre Kredite an die Landwirtschaft zu erreichen, um diese Kredite auf 9 Monate ausdehnen zu können. Zur Milderung der Krise sollen dann die Auslandsanleihen beitragen, welche wieder in beträchtlichen Mengen nach Deutschland einfließen. Ende des vergangenen Jahres haben große Industrieunternehmen Kredite aufgenommen: AEG 10 Millionen Dollar, Hapag 6,5 Millionen Dollar, Oertram 6 Millionen Dollar, Bank der Textilindustrie 1 Million Pfund, Filmgesellschaft Ufa 15 Millionen Mark. Die Rhein-Eise-Union verhandelt über die Aufnahme einer 25-Millionen-Dollar-Anleihe, welche später vom Montantrust, dem die Rhein-Eise-Union beitreten wird, übernommen werden soll. Auch wird über Uebernahmehandlungen des Montantrusts selbst berichtet, die unter Umständen auch zu einer Interessengemeinschaft mit der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie führen könnten. Zu diesen Anleihen kommen dann noch Verhandlungen von Hypothekendarlehen und kommunalen Anleihen für ausländische Anleihen. Diese Auslandsanleihen, deren Bedeutung in der Uebertragung ausländischer Kaufkraft nach Deutschland besteht, werden ohne Zweifel eine konjunkturbelebende Wirkung ausüben.

Eine nachhaltige Sanierung der Wirtschaft wird jedoch von diesen Anleihen nicht kommen. Dazu können

wir nur durch Preisabbau bzw. durch die Nationalisierung der Wirtschaft gelangen, die geeignet ist, die Preise zu senken. Deshalb ist die Entwidlung in dieser Beziehung in erster Linie wichtig. Ein Preisabbau ist in der letzten Zeit nicht eingetreten, wenn auch keine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus erfolgte. Der allgemeine Preisstand blieb ziemlich unversändert, der Index für Großhandelspreise ist ein wenig gesunken, der der Lebenshaltungskosten hat sich nicht beträchtlich erhöht. Einzelne Warengruppen (etwa im Preise etwas höher (Metalle und andere Rohstoffe); gewisse Lebensmittel: Zucker, Butter und industrielle Fertigwaren (Zugflisen, Papier, Automobile) sind im Preise niedriger als zuvor. Die Roggenpreise haben den Rückgang vom November wieder eingeholt. Damit ist die Lage der landwirtschaftlichen Märkte nicht mehr als ungünstig zu bezeichnen, zumal die Vieh- und Fleischpreise weiter beständig bleiben. Angesichts der geschwundenen Kreditausdehnung und der fortschreitenden Kartellbewegung ist mit einem allgemeinen Preisabbau vorerst nicht zu rechnen. Der neue Entwurf der Regierung, der den folgen Namen eines Preisabbaugesetzes trägt, wird wenig zum Preisabbau beitragen. Dieser Entwurf, von uns bereits besprochen, beschränkt die geheimen Vereinbarungen der Bewerber bei öffentlichen Ausschreibungen, erweitert die Kontrollrechte bei Zwangsinduktionen und schafft Beschränkungen für die Preisvereinbarungen der Handwerkerinnungen. Letztere beklagen sich mit Recht darüber, daß sie schlechter behandelt bzw. scharfer kontrolliert werden als die Kartelle der Industrie. Diese Klagen über ungleichmäßige Behandlung sind aber nur soweit berechtigt, als wir auch eine scharfere Kontrolle der industriellen Kartelle fordern müssen, ohne einer Ausbeutung durch die Innungen des Handwerks die Türe offen zu halten.

In bezug auf die Organisierung der Industrie erwähnen wir bereits die Gründung des Montantrusts, die im Prinzip bereits beschlossen ist. Die Erzeugungsquoten sind unter den Konzernierten, die dem Trust beitreten werden, bereits aufgeteilt (Rhein-Eise-Union 39,5 Proz., Phönix 26 Proz., Thyssen 26 Proz. und Rhein Stahl 8,4 Proz.). Die Schwelgerlehen liegen nur noch in der Steuerfrage. Innerhalb des Stahlverbandes soll die Einbeziehung des Stahlformgusses in die Reihe der Verbände von B-Produkten bald stattfinden. In der Zementindustrie ist durch die Neuschaffung des westdeutschen Zementverbandes die deutsche Zementproduktion vollständig kartelliert.

Die internationalen Beziehungen der deutschen Industrie wurden in der letzten Zeit nach mehreren Richtungen ausgebaut: Die deutsch-österreichische Kohlenkonvention, welche die Lieferung bestimmter Mengen österrischer Braunkohle nach Deutschland, bzw. deutscher Steinkohle nach der Tschechoslowakei vorsieht, wurde erneuert. In der Porzellan- und Steingutindustrie werden zwischen deutschen und tschechischen Unternehmern Verhandlungen zur Schaffung eines Preiskartells geführt. Der größte Kunstseiden trust der Welt, die Courtaulds-Gesellschaft, soll in Gemeinschaft mit der deutschen Stanglofabrik in Elberfeld eine neue Fabrik errichten. In jüngster Zeit wurde über Anschlußbestrebungen der deutschen Petroleumindustrie an ausländische Konzerne berichtet. Diesen zufolge ist die Anlehnung der Deutschen Petroleumgesellschaft an den englischen Trust Anglo Persian Co. und der Anschluß der im Besitz des Farbentrusts befindlichen Oelinteressen, Nieder-Deutsche Oelwerke aus dem Stimmstrukt an die amerikanische Standard Oil Co. geplant. Der Vereinbarungen sollen dem Zweck dienen, die bessere Ausnutzung der Betriebsorganisationen dieser deutschen Konzerne zu ermöglichen.

Gegen die Volksauspflünderung durch die Fürsten.

Seben Jahre sind seit der Novemberrevolution verfloßen und dennoch ist man verpflichtet, Artikel mit obiger Ueberschrift zu schreiben. Ein Trauerpiel, in welchem sich zugleich das Unzulängliche der politischen Neuordnung in Deutschland widerspiegelt. Die große französische Revolution verließ den französischen Bürgern einen mächtigen Impuls, weil sie von einer übermächtigen Aristokratie, von Fürsten, Adel und einer langhängrigen Kurie befreit waren. Der Bauer jenseits der Vogesen hatte nicht nur das Joch der Feudalgesellschaft abgestreift, er war auch in den Besitz von Land gekommen. Ein so befreites und von den Erzeugnissen der Revolution reichlich beschenktes Volk war in der Lage gegen eine halbe Welt zu kämpfen. Die russische Revolution mag gesehen werden wie sie will, von Anführern der Fürsten und Großfürsten blieben die Erben bestehen verachtet. Der großen Masse des deutschen Volkes kann man leiber eine allzu große Liebe für die neuen Zustände nicht nachsagen. Die Novembererhebung von 1918 und deren Errungenschaften blieben halbescheiden. Ein Beweis hierfür sind die gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit den deutschen Fürsten.

Zu all dem Unglück lebten die deutschen Richter, wie sie gebaden waren, in ihren Kämern. Man hätte leiber so etwas wie die Unabängigkeit der deutschen Richter proklamiert. Kein Wunder, daß sie durch salomonische Urteilsprüche vieles wieder befestigten, was die Revolution geschaffen hatte. Warum sollten die entthronten Fürsten und Könige sich dieses sorgfältigen Mittels nicht bedienen, um wieder zu ihren zusammengesetzten und dem Volke geräubten Besitztümern zu gelangen? Ein wahrer Wahnsinn von Projekten ergoß sich über die Einzelstaaten. Das Reichsgericht, diese objektive Behörde der Welt, hat die Entzuegnung eines Landesfürsten (Rudwig-Gotha) als rechtswidrig bezeichnet und demgemäß entschieden. Die bürgerliche Mehrheit hatte im Reichstag einen Antrag der Sozialdemokraten auf Schaffung eines Reichsgesetzes abgelehnt. Diese Helben standen noch immer unter dem Einbruch, den Ludwig Upland vor mehr als hundert Jahren verporpott hatte:

Der Deutsche ehrt zu allen Zeiten
Der Fürsten heiligen Beruf.

Esir wollten das Eigentum nicht angreifen, obwohl noch feiner der 22 Bundeswäter die Rechtmäßigkeit des Eigentums nachgewiesen hatte.

Wollten wir einige Fälle heraus, was streitbare Helben von Gottes Gnaden sich bereits vor Gerichten oder durch

freiwillige Abfindung erkämpft haben bzw. erhalten sollen: Die Hohenzollern sollen erhalten: Verschiedene Schlösser, darunter Belleue und Babelsberg, verschiedene Hausgrundstücke, das Gebrauchsmobilar und den Familiengrund, Land- und Forstbesitz in der Größe von rund 300 000 Morgen und 30 Millionen in bar. Die Wittelsbacher erhielten neben Schlössern und sonstigen Eigenschaften Grundbesitz in der Größe von 10 000 Hektar (dieser wird auf 100 000 Goldmark geschätzt), ferner 60 Millionen Mark Papiergeld, die der streitbare Ruprecht auf 10 Millionen Goldmark aufgewertet haben will.

Schlum steht es um den Freistaat Thüringen, der durch die Fürstenprojekte an den Rand des Ruins gebracht wird, wenn die gefällten Urteile Rechtskraft erhalten. Das thüringische Volk hätte nur zu schreien, um den sieben ehemaligen Potentaten und ihren Familien ein luzuribles Leben zu verschaffen. Dem Zwergfürsten von Schwarzburg-Sondershausen sind von einem Erfurter Gericht die gesamten großen Besitztümer: 21 große Domänen, 20 000 Hektar Wald, mehrere Schlösser mit den gesamten Werten und anderes wieder zugesprochen worden. Die Witwe des Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt klagt um die Rückgabe von 12 Domänen und 17 000 Hektar Wald. Der frühere Herzog von Sachsen-Meiningen, ein Schwager Wilhelm II., erhält eine jährliche Rente von 480 000 Goldmark. 100 000 Goldmark jährliche Rente, neben einer Barabfindung für die Schlösser usw., erhält die Witwe des ehemaligen Herzogs von Sachsen-Weimar. Diese Dame klagt auf wesentliche Erhöhung der Rente. Der Landesvater von Sachsen-Altenburg klagt um sechs anschnliche Domänen, 12 000 Hektar Wald und Kohlenerechtsame in Schlefien.

Eine besonders feine Nummer ist der ehemalige Herzog von Gotha. Er ist englischer Prinz und schmückt sich mit folgenden Namen: Herzog von Coburg-Gotha, Herzog von Albany, Graf von Clarence, Baron Arklow. Das Reichsgericht hat diesem landfremden Manne den gesamten Besitz der Wortkriegszeit, u. a. riesige Forsten bei Schmalkalden, Schlösser, große Gasthäuser, riesigen Landbesitz, darunter über 1000 Wiesen und kostbare Institute der Kunst und Wissenschaft wieder überantwortet. Zum Dank dafür hat dieser Engländer den Hiltlerpakt finanziert und alle reaktionären Geheimbünde und Wühlerereien gegen die Republik unterstützt. Bei einer Kundgebung des Mätingsbundes, Stahlhelms usw. in Bremen am 29. November, als man den Geburtstag Ehrhards feierte, ließ er sich, wie ein echter Fürst, von zwei Jagat nach seinem Ehreniß geleiten. Dies alles in der freiesten Republik der Welt.

Eine harte Zeit ist über uns gekommen. In Deutschland gibt es mehr als eine Million Arbeitslose, deren Zahl sich von Tag zu Tag vermehrt. Nur mühsam gelingt es, die tägliche Arbeitslosenunterstützung nur um einige Pfennige zu erhöhen. Und während wir derart mit allen Schreden und Grauen in die Zukunft blicken, erleben wir das miserliche Schauspiel, daß für eine kleine Gruppe von Arbeitslosen Millionen und abermals Millionen hinzeworfen und riesige Besitztümer für immer verpachtet werden. Ist es da ein Wunder, wenn in Arbeitslosenvermlammungen die geltenden Schreie des Hungers und des Elends, wie sie Heinrich Heine in seinem Weberlied in die Berge bannte, lebendig werden:

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht fornt' erwelchen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt,
Und uns wie Hunde erziehen läßt!

Eine Revolution war für Fürsten anderer Länder und Zeiten das Ende ihrer Herrschaft, ja teilweise ihres Lebens. In Deutschland scheint die Revolution für die zahlreichen Throninhaber zu einem glänzenden Geschäft zu werden. Mehr als 1 1/2 Millionen Deutsche mußten im Kriege ihr Leben lassen, von den deutschen Fürsten und ihren Abkömmlingen ist kein einziger auf dem sogenannten Felde der Ehre gefallen. Krieg und Inflation haben Millionen an den Rand des Ruins gebracht, die Aufwertung geschah nur zu geringen Resten, doch hier soll zu hundert und mehr Prozent aufgewertet werden für Dinge, deren rechtmäßiges Eigentum nicht feststeht. Nein und abermals nein, das darf nicht geschehen.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft wird die Waghahme der Arbeitgeberparteien, die Volksabstimmung, mit allen Mitteln unterstügen. In den Gewerkschaftsvereinigungen und in den Betrieben werden wir eine rege Propaganda gegen die ungeheuerlichen Forderungen der Fürsten entfalten, wir werden Unwissenheit ausfüllen. Mit allen Kräften ist dahin zu wirken, daß der Volksentscheid zu einem glänzenden Siege der Republikaner wird. Wenn Millionen hungern, dann sollen wenigstens jene keine Hungergeheule erheben, die an diesem Elend die größte Schuld tragen.

Der weibliche Einfluß in der Krankenversicherung.

Die Krankenversicherung greift oft sehr stark in Berufsmasse ein, die eine ureigene Domäne der Frau sind. Wir erinnern nur an die Wogen- und Familienbeihilfe. Demgegenüber ist der Einfluß, den unsere Frauen in den Krankenkassen, besonders in den Vorständen und Ausschüssen haben, verhältnismäßig gering. Weibliche Vorstands- und Ausschussmitglieder gibt es auf der Arbeitgeberseite kaum, auf der Beschäftigtenseite reichlich wenig. Schuld daran hat übrigens nicht die Gesetzgebung. Schon jahrelang vor der Staatsumwälzung konnten auch Frauen zu den Ehrenämtern der Krankenversicherung gewählt werden. Das hat nicht in höherem Maße der Fall ist, muß unseren weiblichen Volksgenossen selbst zur Schuld angeteilt werden. Sie umfassen vielfach einen erheblichen Teil des Beschäftigtenkreises der Krankenkassen wie auch des Mitgliederkreises der Berufsvereinigungen, die für gewöhnlich die Vertreterlisten für die Krankenkassenwahlen aufstellen. Würden sie sich mehr um die Kassenwahlen kümmern, dann würde auch ihr Einfluß größer sein. Man darf zwar den Kassenorganen das Zeugnis ausstellen, daß sie in hoher Auffassung ihrer sozialen Pflichten das Wohl der weiblichen Mitglieder nicht vernachlässigt haben. Aber die Vertreter in den Kassenorganen würden es doch dankbar begrüßen, wenn sie in Fragen, die sich gerade auf das Wohl der weiblichen Kassenmitglieder beziehen, sich mehr als bisher auf den Rat erfahrener Frauen stützen könnten.

Die Kollegenschaft im Gau II zur Tarifkündigung.

Alles steht kampfbereit!

In der Zeit vom 12. bis 30. Januar fanden in nachstehenden Zehnstellen Versammlungen statt: Offenbach, Gießen, Hanau a. M., Kassel, Mellungen, Alenborn, Darmstadt, Frankfurt a. M., Mainz, Steinheim, Wiesbaden, Bingen und Worms. In allen Zehnstellen sprach der Gauleiter über die Kündigung des Reichstarifs.

Dit haben wir in letzter Zeit auf den mangelnden Besuch der Versammlungen hingewiesen. Das ist anders und besser geworden. Die Tarifkündigung hat die Kollegenschaft aus ihrem Schlaf aufgerüttelt. Seit Jahren haben wir so gut besuchte Versammlungen nicht gehabt. In einzelnen Zehnstellen waren die Kollegen und Kolleginnen restlos in der Versammlung erschienen. Sie haben den Ernst der Lage erfasst und wissen, daß es diesmal gilt, alles daran zu setzen, das Vorhaben der Unternehmer zu vereiteln. In einzelnen Zehnstellen fanden an einem Tage zwei Versammlungen statt. Die Frankfurter Zehnstelle über 500 Versammlungsbesucher auf. Nicht minder gut besucht waren die Versammlungen in Kassel, Darmstadt, Mainz, Offenbach, Wiesbaden, Bingen und Worms. In Mellungen und Wendorf war die gesamte Kollegenschaft in der Versammlung.

Der Gauleiter sprach in allen Versammlungen über die Tarifkündigung und über das Vorhaben der Unternehmer. Wenn man schon seit Bestehen des Reichstarifs von Jahr zu Jahr die Beobachtung machen konnte, daß die Unternehmer nicht sehr erbauet von dem Reichstarif gewesen sind und immer über mangelnde Tarifreife des Hilfspersonals klagten, so ist diesmal bei der Kündigung diese Karole der Tarifunreife nicht zum Vorschein gekommen, sondern man erklärte einfach, daß Tarifvertrag sei für die Arbeiter nicht mehr tragbar. Der Redner wies an vielen Beispielen nach, daß der Tarifvertrag sich seit seinem Bestehen als tragbar erwiesen hätte, daß jedoch die Unternehmer jetzt eine Konjunkturpolitik schlimmster Art treiben. Es sind in den letzten fünf Jahren mehr Maschinen angeschafft worden als früher in 20 Jahren. Früher war es eine Seltenheit, wenn die Arbeitgeber sich ein Auto halten konnten, während heute es zur unbedingten Notwendigkeit gehört, ein Auto zu besitzen. Die Löhne des Hilfspersonals sind nicht daran schuld, daß der Reichstarif untragbar geworden sei. Ganz andere Ursachen kommen in Betracht, wenn das Gewerbe vorübergehend einmal stiller geht als in den letzten Jahren. Auch in früheren Jahren ist das Gewerbe nicht von einer Wirtschaftskrise verschont geblieben, man ist aber niemals so rigoros bei Kurzarbeit und Entlassungen vorgegangen wie gegenwärtig. Jedenfalls glaubt man auf Unternehmenseite mit diesem Vorhaben die Tarifverhandlung für sich günstiger zu gestalten. Sie halten jetzt den geeigneten Zeitpunkt für gekommen, die Löhne abzubauen zu können, die Arbeitszeit zu verlängern und die Stundenlohnung einzuführen wie auch sonstige Bestimmungen des Arbeitsvertrages (Ferien und Ueberstundenbezahlung) zu verschlechtern. Die Kollegenschaft hat deshalb die Verpflichtung, mehr als je auf der Hut zu sein, daß uns der Reichstarif, für den wir Jahrzehnte lang gekämpft haben, nicht verloren geht. Die Kollegenschaft muß in den nächsten Tagen und Wochen unermüdet tätig sein, um die Reihen der Kampffront zu verstärken. Alle Wankmütigen müssen aufgestellt und die Unorganisierten zu Mitgliedern des Verbandes gemacht werden. Wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, so können wir mit aller Gesellenruhe den kommenden Verhandlungen entgegengehen. Es wird und muß Aufgabe aller sein, alles daran zu setzen, daß uns der Reichstarif erhalten bleibt.

In allen Versammlungen war die Diskussion eine noch nie dagewesene. Starke Entrüstung kam zum Ausdruck über das Vorhaben der Unternehmer. Entschlüsse wurden eingebracht und angenommen, in denen die Kollegenschaft erklärt, an dem Reichstarif festzuhalten und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihn zu verteidigen und zu verbessern. Die Kollegenschaft wird sich verpflichten, allen Maßnahmen der Organisation auf das genaueste nachzugehen. An Neuaufnahmen fehlte es nicht. In fast allen Zehnstellen wurden solche gemacht. K. Kallb., Gauleiter.

Der Aufmarsch im Gau III.

Die Kollegenschaft zur Abwehr bereit.

Die Unternehmer des Buchdruckgewerbes haben uns den Reichstarif mit der Begründung gekündigt, er habe sich für die Mitglieder des Deutschen Buchdruckerereins immer mehr als untragbar herausgestellt. Das Müßig mit anderen Worten, man will dem Hilfspersonal die jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz empfindlich verschlechtern. Es ist selbstverständlich, daß bei einer so wichtigen Angelegenheit die Personale, denen man den Hungerriemen enger schnallen will, dabei ebenfalls ein Wort mitzusprechen haben. In dieser Annahme hat die Gauleitung des Gau III die Kollegenschaft in den maßgebenden Orten zu Versammlungen aufgerufen, um zur Tarifkündigung Stellung zu nehmen. Die Versammlungen, die bisher stattgefunden haben, haben den Beweis erbracht, daß die Zeiten, da man mit dem Hilfspersonal machen konnte was man wollte, endgültig vorüber sind.

Den Auftakt zu den Versammlungen gab die Gauvorsitzende Stuttgart. Die Versammlung fand am 18. Januar statt. In Massen strömte die Kollegenschaft herbei. Der Festsaal des Gewerkschaftshauses war dicht besetzt. Eine so gut besuchte Versammlung hatte Stuttgart seit Jahren nicht mehr gesehen. Am 19. Januar folgte Heilbronn, am 20. Karlsruhe, am 21. Freiburg, am 22. Gahr, am 24. Heidelberg, am 25. Kaiserslautern, am 26. Ulmstadt a. d. S., am 27. Speyer, am 29. Mannheim und den Schluß für diesen Monat bildete am 31. Januar Ludwigs-hafen.

Ueberall waren die Versammlungen, wie schon eingangs erwähnt, sehr gut besucht. Der Gauleiter Kollege Werner hatte in allen Versammlungen das Referat übernommen. Er enthielt den Versammelten die Wünsche der Unternehmer, die darin gehen, in der Hilfsarbeiterfrage den Stand der Vorkriegszeit wiederherzustellen. In der Vorkriegszeit besaßen einige große Orte, wie Berlin, Hamburg, München, Stuttgart Ortstarife, alle übrigen Orte

Deutschlands waren tariflos. Dort konnten die Unternehmer nach eigenem Ermessen die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Hilfspersonal bestimmen. Diese haben auch überall danach aus. Die Löhne waren so niedrig in welcher der Orten, daß die Kollegenschaft gerade noch begreifen konnte. Feiertagsbezahlung gab es nicht. Ferien waren dort für das Hilfspersonal unbekannt. Für Ueberstunden gab es keine Aufschläge. Oftmals mußte das Hilfspersonal sich auch noch eine längere Arbeitszeit, als diese bei den Gehilfen üblich war, gefallen lassen. Diese „Abzugsstände“ sehen ein Teil der Unternehmer wieder herbei. Man will auf Kosten des Hilfspersonals Ersparnisse machen. Mit den Gehilfen hat man den Manteltarif bis Ende Mai verlängert, bei uns will man ab 28. Februar auf der ganzen Linie abbauen.

Schon am Anfang des Jahres 1924, als das deutsche Wirtschaftsleben durch die eben erst beendete Inflation aus tausend Wunden blutend am Boden lag, glaubten die Unternehmer die Zeit gekommen, um sich von den künftigen Festsetzungen des Tarifs zu befreien. Damals stellten die Herren ihr Ziel etwas weiter, es sollten auch die Gehilfen mit an die Reihe kommen. Heute ist man beschwörender geworden, man will nur dem Hilfspersonal an den Krügen. Durch unsere Einigkeit ist seinerzeit der Silvesterausperrungsbeschluss der Unternehmer ein Schlag ins Wasser gewesen. Mit derselben Einigkeit werden wir aber auch dem neuerlichen Ansturm Trotz bieten. Wieder laßt über Deutschland eine schwere Wirtschaftskrise. Ausgerechnet diesen Zeitpunkt haben sich die Unternehmer ausgesucht, um den entscheidenden Schlag zu führen. Wenn in einer Reihe von Berufen die Krise sich in katastrophaler Weise auswirkt, so bekämpfen wir den Unternehmern, daß dies in den graphischen Gewerben ebenfalls der Fall ist. Die Hochkonjunktur, die den Unternehmern überredete Gewinne gebracht hat, ist wohl vorüber, aber immer noch haben die Gehilfen so leblich zu tun und vielfach sind schon die Anlässe einer Besserung zu beobachten. Stehen wir mit unseren Löhnen jetzt wirklich etwas über dem Durchschnitt einiger anderer Berufe, so wollen wir die Herren daran erinnern, daß wir auch eine Zeit hatten, als wir bedeutend unter diesen Gruppen standen, die man uns jetzt immer als Beispiele vorhält. In der unglücklichen Kriegszeit hat man uns immer vorgehalten, daß das graphische Gewerbe leider keine Krisenregelungen auszuführen habe, wenn wieder andere Zeiten kommen, dann wollen man mit sich reden lassen usw.

Bei unserem tariflichen Aufbau haben wir uns mit unseren Forderungen immer nur an das gehalten, was die Gehilfen schon jahrzehntlang als Gemeingut besitzen haben und was die eingangs erwähnten Großstädte schon vor dem Reichstarif besitzen haben. Kollege Werner erinnerte die Kollegenschaft an die vielen Kämpfe, die wir führen mußten, um uns durchzusetzen. Wenn es damals nicht schneller ging, so hatte die Kollegenschaft diesmal selbst mit Schuld daran. Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit haben seinerzeit ein schnelleres Tempo verhindert. Erst mit der wachsenden Erkenntnis, daß auch wir uns organisieren müssen, um etwas zu erreichen, wuchs unser Einfluß. Wir sehen uns durch und erreichten eine gewisse tarifliche Gleichberechtigung mit den Gehilfen. Wenn es den Ansehen hat, als ob heute all das Erreungene auf dem Spiele steht, so hat ein Teil der Kollegenschaft auch wieder Schuld daran. Dieser Teil hatte sich daran gewöhnt, die ganze reichstarifliche Regelung als eine Selbstverständlichkeit aufzufassen. In Versammlungen hat man diesen Teil der Kollegenschaft schon jahrelang nicht mehr gesehen. Daher braucht es uns nicht wunderzunehmen, daß die Unternehmer uns nicht stärker einschließen, als sie durch den schlechten Verhandlungsbezug vermuten konnten. Die sich die Unternehmer schon des Bitteren an der Arbeiterkraft verrednet haben, so wird es auch diesmal wieder sein. Wir haben die Verpflichtung, alle Kräfte anzuspannen und die Absichten der Unternehmer abzuwehren und darüber hinaus ihnen unsere Wünsche zu unterbreiten. Dem Kriegspolit der Unternehmer haben wir unseren entgegenzustellen. Wir haben schon manchmal ernste Situationen zu überleben gehabt und haben sie überwunden. Wir haben auch jetzt die Kraft dazu. Kollege Werner gab dann noch näher Instruktionen, die wir aus tatsächlichen Gründen hier nicht wiedergeben wollen.

Lebhafter Beifall lohnte überall die Ausführungen. In allen Orten beteiligte sich die Kollegenschaft recht lebhaft an der Diskussion. Ueberall kam zum Ausdruck, daß man zur Abwehr gewillt ist. Die Unternehmer werden erkennen müssen, daß das Hilfspersonal in den Jahren des Leidens gelernt hat zusammenzuhalten. Die Versammlungen haben Zeugnis davon abgelegt. Der Geist ist überall gut. Als Willensundegebung wurde eine Entschliesung in allen Versammlungen einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Es besteht bei den Versammelten darüber Klarheit, daß die Tarifkündigung seitens der Prinzipale nur zu dem Zweck erfolgt ist, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Hilfspersonal zu verschlechtern. Nachdem die Preisabbauaktion der Regierung bisher ohne Erfolg geblieben ist und im Gegenteil die Lebensverhältnisse immer schmerzlicher für die Arbeiterklasse geworden sind, gelten wir eine Herabsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unsererseits für untragbar. Darüber hinaus stellen wir wieder die Forderung auf vollständige tarifliche Gleichberechtigung mit den Gehilfen in der Vorkriegszeit. Der prozentuale Lohnanteil von Gehilfen muß ebenfalls eine für die Hilfsarbeiterklasse gerechtere Einteilung erfahren. Ebenso sind die selbständigen Sonderbestimmungen für die Städte unter 10 Proz. Vorkriegszeit aufzugeben.“

Die Versammelten erklären für diese Mindestforderungen einzustehen und werden jeden Versuch der Prinzipale, uns Verschlechterungen aufzuzwingen, mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zurückweisen.

Damit lies in wirklamer Weise gesehen kam, verpflichten sich alle Versammelten, alles aufzubieten, um auch die letzte Kollegin und den letzten Kollegen zur Mitarbeit im Verband heranzuziehen.“

Die Kollegenschaft vom Gau III ist gerüstet.

Peter Kollager:

Nicht so sehr seinen Patriotismus liebt ich, der unsere Ehre auf das . . . Schlachtfeld legt und so dort sterben läßt, sondern jenen, der für das Vaterland leben lehr.
(Schriften des Waldschulmeisters.)

Aus den Zehnstellen.

Cassel. Am 15. Januar fand im Lokal Ehrlich die Jahresversammlung der Casseler Mitglieder statt, in welcher der Gauleiter, Kollege Kellb., Frankfurt, referierte. Er übermittelte den Anwesenden die herzlichsten Neujahrswünsche der Herren Unternehmer wie folgt. Der seit dem 24. Januar 1925 bestehende Reichstarif wird zum 28. Februar dieses Jahres gekündigt, da sich derselbe für die Herren als untragbar herausgestellt hat. In längeren Ausführungen sucht der Vortragende an Hand von zahlreichen Beispielen und Argumenten klar zu machen, daß die Herren Unternehmer Klänge im Kopf haben, die alles Erwartete übersteigen. Abbau der Löhne bis auf 24 Mt. für Hilfsarbeiter, 15 Mt. für Anlegerinnen, 12 Mt. für Hilfsarbeiterinnen, Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden, Verzögerung oder, wenn irgend möglich, Fortfall der Ferien, Feiertagsbezahlung sowie Verschlechterungen bei fast sämtlichen Paragrafen des Lohnstarifs. — Die Herren haben an vielen Orten schon gut vorgearbeitet, Kündigungen, Betriebsstilllegungen sowie Kurzarbeit, das sind ja die Mittelchen, womit man die Hilfsarbeiterklasse müde zu machen gedenkt, um diese dann zu gegebener Zeit besser abschichten zu können. Früher hatte das Hilfspersonal nicht die nötige Tarifreife, heute, wo sich die Herren vom Gegenteil überzeugen mußten, da stellt sich der Tarif für sie als untragbar heraus. Nein! Man merkt in Unternehmerrreisen, wie sich aus der Hilfsarbeiterklasse ein beachtenswerter Gegner herausbildet, den man sich in der Gesamtheit gern vom Leibe halten möchte, deshalb auch der Sähre nach Ortsabschlüssen. Daß wir uns dies nicht so ohne weiteres gefallen lassen können, liegt auf der Hand. Kämpfen und siegen, so muß unsere Parole lauten.

In der Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, den Forderungen nachzugeben, welchen uns die Prinzipale vor die Füße geworfen, aufzugeben. Die Casseler Kollegenschaft ist keineswegs gemüht, sich durch die zu sich treiben zu lassen, sondern sie wird sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen, um den Begehren der Herren Unternehmer ein tägliches Ende zu bereiten. In der Einigkeit der Massen, da liegt der Talisman eines sicheren Sieges und die Casseler Mitglieder ist sich einig, das hat sie schon zu verschiedenen Malen bewiesen.

Die Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: 1. Vorf. Kollege Wierstein, 2. Vorf. Kollegin Rüdenburg, Kassierer Kollege Gohmann, Schriftführer Kollege Meyer. Kassierresortoren wurden die Kollegin Hilli Wagner und Kollege Bürgel, als Beisitzer die Kollegin Höpmann und Kollege Klein. Ausgeschieden aus dem seitherigen Vorstand sind unter alter Kassierer Kollege Giedhorn, welcher den Posten nahezu 16 Jahre vermalte und Kollege Lengenmann, welcher aus Gesundheitsrücksichten längere Zeit ausspannen muß. Beiden Kollegen wurde der wärmste Dank der Zehnstelle durch den Vorstehenden Kollegen Wierstein ausgesprochen. Zum Schluß gab der Vorstehende noch bekannt, daß die Weihnachtsgabe für unsere Arbeitslosen circa 90 Mt. betragen habe, die arbeitslosen Mitglieder haben sich sehr darüber ge freut und lassen den wärmsten Dank aussprechen.

Am 16. Januar fand eine Versammlung in Mellungen und am 17. in Alenborn statt. Beide Versammlungen waren gut besucht. Ueberall ist der Kampfesmut ein guter, also vorwärts.

Hagen. Am Dienstag, den 19. Januar, fand für die Ortsgruppe Hagen im Lokale des Herrn Hülsman unsere Jahres-Generalversammlung statt, die von 50 Proz. der Mitglieder besucht war. Die vom Vorstand vorgelegene Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Treichel vom Fabrikarbeiterverband über „Die Arbeiterin in der kapitalistischen Wirtschaft“, Neuwahl des Vorstandes und Verschickenes wurde abgelehnt. Der Kollege Treichel ging in seinem Vortrag davon aus, daß über die Bedeutung der arbeitenden Frau im Wirtschaftsleben noch allzu große Unklarheit bestände. Die von werten Kreisen des Bürgertums vertretene Ansicht, daß die Frau in den Hausatf gehören, habe wohl für die Zeit des Mittelalters mit landwirtschaftlicher und handwerkstätiger Produktion ihre Berechtigung gehabt. Mit dem Aufkommen der kapitalistischen Wirtschaft und vor allem mit der größeren Ausdehnung der Maschinenarbeit bei der Frauennarbeit von dem gewinnstüchtigen Unternehmertum dazu benutzt worden, die Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst schlecht zu gestalten. Von der Frau habe man viel weniger Widerstand bei der Durchführung dieser Wähe zu finden gehofft und so sei es zum Teil heute noch. Die Verbreitung der Fabrikarbeit, Zunahme der maßnahmenmäßigen Herstellung der Bedarfsartikel, Mechanisierung, Normalisierung und Typisierung hatte die Anhäufung größter Fleckstücker auf Seiten der Kapitalbesitzer und gesteigertes Leid der arbeitenden Bevölkerung zur Folge. Massenelend und die Unmöglichkeit weiter Kreise der Arbeiterklasse, einen eigenen Hausstand zu gründen, habe das Eindringen der Frau in das Wirtschaftsleben beschleunigt. Die Frage, ob die Frau berechtigt ist, im Wirtschaftsleben gleichberechtigt mit dem Manne sich betätigen zu können, sei längstens entschieden. Es mühten die Millionen verbeirateten und ledigen Arbeiterinnen Schutter an Schutter mit den männlichen Arbeitern bestritt sein, die Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß eine ausreichende Lebensführung möglich sei. Das Wirrtwau der Arbeiter gegen die Frauennarbeit, das zu Anfang der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestanden habe, und auch heute noch hier und da anzutreffen wäre, würde dann schwinden. Auf einer ganzen Anzahl Tarifabsichten könnten gegenüber der Vorkriegszeit Fortschritte festgestellt werden, wenngleich das gewerkschaftliche Ziel, bei gleicher Arbeitsleistung gleiche Entlohnung, noch nicht verwirklicht werden konnte. Die Tarifverträge bedürften eines weiteren Ausbaues, wenn auch das Unternehmertum die augenblickliche Wirtschaftskrise zur Durchführung seiner rückständigen Ziele auszunutzen versuchte. Durch enghen Zufammenfluß, intensive Aufführungsarbeit und Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Organisation mühten Frauen wie Männer ihre Macht steigern, um die Unternehmer in die Schranken zu weisen und günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. In der Aussprache ging ein Kollege auf die Ursachen des geringen Kampfeswertes ein und empfahl, daß die Referenten in den Gewerkschaftsversammlungen sich hierin umsetzen sollten.

Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgenden Ergebnis: 1. Vorstehender Koll. Brill, 2. Vorstehender Koll. Gander, Schriftführer Koll. Schröder, Kassierer Koll. Kramer und Revisoren Koll. Kleper und Kollegin Erna Meywald.

Unter Punkt Verschiedenes befaßte sich die Versammlung mit der Kündigung des Reichsarbeitsvertrages und den Bestrebungen der Prinzipale, die zentrale Regelung zu befestigen und die bezirksweise Lohnvereinbarung einzuführen. Einmütig wurde zum Ausdruck gebracht, daß nicht nur alles daran gesetzt werden muß, um diese Anträge zu Fall zu bringen, sondern darüber hinaus sollte versucht werden, eine bessere Entlohnung zu erreichen. Zur Erfassung aller noch nicht organisierten graphischen Hilfsarbeiter soll in nächster Zeit eine Hausagitation abgehalten werden. Unsere Bewegung schreitet auch in Hagen vorwärts. Das darf aus dem Verlauf der Generalversammlung geschlossen werden.

Falle. Am 21. Januar 1926 fand die gutbesuchte Generalversammlung statt. Nach Genehmigung des Protokolls gab der Vorsitzende einen Rückblick über das vergangene Geschäftsjahr. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß trotz mühevoller Arbeit nicht alles im Interesse der Kollegenzeit bewältigt werden konnte, da die Kollegenzeit in mancherlei Hinsicht versagte. Im kommenden Jahr wird die Kollegenzeit mehr Interesse zeigen müssen, das Unternehmertum beabsichtigt, tief einschneidende Verschlechterungen in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen systematisch herbeizuführen. Einige Vorgänge, die sich in letzter Zeit abgespielt haben (Waldenhaus usw.) erfordern von der gesamten Mitgliedschaft rege Anteilnahme. Zur Bewältigung der Verdienstarbeit waren notwendig 8 Mitgliederversammlungen, 12 Verwaltungssitzungen, 8 Funktionärsitzungen, 22 Betriebsversammlungen. Klagen beim Gewerbeamt bzw. Arbeitsgericht waren 6 notwendig, von denen 4 zu unseren Gunsten ausfielen. Dreimaliges Vorfälligwerden bei den Prinzipalen war von Erfolg getränkt.

Aus dem Jahresbericht des Kassierers war zu entnehmen, daß die Kassenverhältnisse den Erwartungen nicht entsprechen. Es müssen demnach einschneidende kassenrechtliche Vorkehrungen im Laufe des Geschäftsjahres getroffen werden. Um dem Restantenumwesen einen Damm entgegenzusetzen, werden alle Mitglieder, die mehr als 6 Wochen im Rückstand sind, gestrichen. Die Einnahme der Hauptkasse ergab 5512,00 M., Ausgabe 399,60 M. Der Bestand der Ortskasse beträgt 51,53 M. Hierauf wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Nach kurzer Diskussion wurde die alte Verwaltung mit Ausnahme drei auscheidender Mitglieder neu gewählt. Unter Organisationsangelegenheiten gab der Vorsitzende ausführlichen Bericht über die Zustände im Buch- und Steindruckgewerbe. Diesbezügliche Maßnahmen wurden dazu beschloffen.

Bezüglich der Anträge zu den Tarifverhandlungen verpflichtet die Generalversammlung den Zentralvorstand, die Anträge von Berlin, Leipzig und Frankfurt auch als von Halle gestellt zu vertreten.

Nach eingehender Begründung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung protestiert gegen den Raubzug der Fürsten. Sie fordert von den politischen Parteien sowie vom ADGB, sofort den Volkseinstich herbeizuführen. Diese Gelder müssen den Arbeitslosen, Alters- und Invalidenrentnern gegeben werden. Die Versammlung begrüßt die Entscheidung des SPD-Ausschusses sowie der SPD. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss zur Durchführung des Volkseinstiches die Zustimmungserklärung der Versammlung zu geben.“

Hamburg. Mitgliederversammlung am Freitag, den 22. Januar 1926. Vor einer überfüllten Versammlung sprach der Kollege Sellge über die Tarifkündigung im Buchdruckgewerbe. Er führte aus: Wenn die Arbeitgeber heute den Tarif wegen der schlechten Wirtschaftslage als für sie untragbar erklären, so verschweigen sie dabei die bisher für sie so gute Konjunktur, welche ihnen sehr gute Gewinne gebracht hat. Aber ihr Wunsch ist Abbau der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit sowie Einschränkung der Ferien. Eine Galleitertkonferenz, welche sich mit der Tarifkündigung befaßte, kam zu dem einmütig gefaßten Beschluß, den Unternehmern den schärfsten Kampf anzufangen. Die Betriebsräte in den Betrieben müssen bei evtl. Anläge von Kurzarbeit recht vorfristig sein, erst ernsthaft prüfen, inwieweit sie notwendig ist. Der erste Vorstoß, die Uebertrittsbezahlung, die Leistungszulagen abzuschaffen, zeigt uns die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer. Sie machen sich die eingetretene große Arbeitslosigkeit zunutze und glauben damit, uns ihrem Willen gefügig machen zu können. Aber die Unternehmer werden sich täuschen, wir werden uns zu wehren wissen; der vollen Unterstützung der Buchdrucker, wenn es heißt, Solidarität zu üben, sind wir gewiß. — Nachdem noch Kollege Sellge die Situation im Steindruck- sowie im Schriftgießergewerbe beleuchtet hatte, wo es ähnlich wie im Buchdruck aussieht, wurde mit einem Appell an die Kollegenzeit, sich evtl. einen Tarif mit besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, die Versammlung geschlossen.

Karlsruhe. Am Mittwoch, dem 20. Januar 1926, fand im „Friedrichshof“ eine stark besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende, Kollege Kieger, gab seiner Freude Ausdruck über den guten Besuch der Versammlung, der ein gutes Zeichen sei für den evtl. aufzunehmenden Kampf. Nach der Mitteilung, daß das, was jetzt für das Buchdrucker-Hilfspersonal gilt, auch für das Steindruckerei-Hilfspersonal Geltung habe, begann der Galleiter, Kollege Werner-Stuttgarter, sein Referat über die Tarifkündigung. Er schilderte das Vorgehen der Buchdruckprinzipale und verwies auf das Motto in ihrem Kündigungsschreiben: der Reichstaxi für das deutsche Buch- und Zeitungsdrukker-Hilfspersonal ist für die Buchdruckerzeit untragbar. Kollege Werner sprach über den Geschäftsgang im letzten Jahre, über die Erweiterungen in den Betrieben, die zeigen, daß der Reichstaxi sehr gut tragbar war. Er führte den Kolleginnen vor Augen, was man mit der Kündigung des Reichstaxis vorhat, nämlich: zurück in das Hörigkeitsverhältnis vor dem Kriege, d. h. niedrige Löhne, keinen Urlaub, Verlängerung der Arbeitszeit. Diese Ziele müssen dem Hilfspersonal die Augen öffnen, wohin die Reise geht. Wir stellen den Prinzipalen unsere Forderungen gegenüber, die heißen: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Löhne, mehr Urlaub. Kollege Galleiter Werner schloß sein Referat mit der Mahnung an alle Anwesenden, die Augen offen zu halten, die letzte unorganisierte Kollegin dem Verbandsbezug zuzuführen, einzig zu sein, dann werden wir den Kampf in Ehren bestehen. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Worte des Kollegen Werner. — Folgende Resolution

einstimmig angenommen: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Tarifkündigung der Prinzipale im Buchdruckgewerbe. Es besteht bei den Versammelten darüber Klarheit, daß die Tarifkündigung seitens der Prinzipale nur zu dem Zweck erfolgt ist, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Hilfspersonal zu verschlechtern. Nachdem die Preisabbaution der Regierung bisher ohne Erfolg geblieben ist und im Gegenteil die Lebensverhältnisse immer schwieriger für die Arbeiterchaft geworden sind, halten wir eine Herabsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unsererseits für untragbar. — Darüber hinaus stellen wir wiederum die Forderung auf vollständige tarifliche Gleichberechtigung mit den Gehilfen in der Ferienfrage. Der prozentuale Lohnanteil vom Gehilfenlohn muß ebenfalls eine für die Hilfsarbeiterchaft gerechtere Einteilung erfahren. Ebenso sind die bisherigen Sonderbestimmungen für die Städte unter 10 Proz. Vorkaufschlag aufzugeben. Die Differenz in der Entlohnung sowie im Urlaub zwischen den größeren und mittleren Städten sollte in Wegfall kommen, z. B. in Stuttgart und Karlsruhe. — Die Versammelten erklären, für diese Mindestforderungen einzustehen und werden jeden Versuch der Prinzipale, uns Verschlechterungen aufzuzwingen, mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zurückweisen. Damit dies in wirksamer Weise geschehen kann, verpflichten sich die Versammelten, alles aufzubieten, um auch die letzte Kollegin und den letzten Kollegen zur Mitarbeit im Verband heranzuziehen.“ Der Vorsitzende, Kollege Kieger, schloß die Versammlung mit einem Appell an alle Anwesenden, das Gehörte hineinzutragen in die Betriebe und dem Rufe zur nächsten Versammlung so zahlreich Folge zu leisten wie heute.

Lübeck. In einer extra einberufenen Mitgliederversammlung, die am 27. Januar stattfand, gab der Kollege Sellge - Hamburg einen Bericht von der kürzlich in Berlin stattgefundenen Galleitertkonferenz unseres Verbandes. In seinen klaren Ausführungen ging der Kollege Sellge näher ein auf die Kündigung des Reichstaxis. Das Unternehmertum laufe heute auf der ganzen Linie Sturm gegen die Tarife. Leider sei auch hier am Orte der Ernst der Stunde noch nicht erkannt worden, sonst hätten sich mehr Kollegen und Kolleginnen eingeschlossen. Die Krise, in der sich heute die deutsche Wirtschaft befindet, nütze auch unsere Prinzipale aus. Sie sehen den Augenblick als gekommen, durch die Kündigung des Reichstaxis eine Verschlechterung unserer Lage herbeizuführen. Abbau der Löhne, Reduzierung der Ferientage, Einführung der Stundenlöhne und Fortfall der bezahlten Ferientage, das werden die Forderungen der Prinzipale sein. Am liebsten möchten viele von ihnen die Beileidigung des Reichstaxis, lokale Verhandlungen und Betriebsabschlüsse. Die größten Gegner des Reichstaxis sind die Prinzipale in der Provinz, die mit aller Gewalt Vorkaufslage haben wollen. Wir jedoch als Hilfsarbeiter müssen uns mit allen Mitteln wehren gegen derartige Bestrebungen und festhalten am Reichstaxi. Heute treibe ein großer Teil des Unternehmertums Schindluder mit der Kurzarbeit und Aufgabe der Betriebsräte müsse es sein, dieses zu unterbinden. An einigen Beispielen zeigte uns der Kollege Sellge treffend, wie schärfmacherisch man heute gegen uns vorgeht. Noch schlimmer sieht es im Steindruck aus, wo die Unternehmer auf einen Abbau von 10 Proz. drängen. Die graphische Hilfsarbeiterchaft sollte sich die Lage nicht so leicht denken, weil wir es mit einem starken Gegner zu tun haben. Heute muß es dringender wie je Aufgabe sein, auch den letzten Kollegen oder die letzte Kollegin für unsere Organisation zu erfassen. Wir müssen unsere Reihen zum 28. Februar noch geschlossen machen und Werbeit leisten für den Verband. Die Kollegen und Kolleginnen sollten in diesem Sinne arbeiten. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, da die Anwesenden mit den Ausführungen des Kollegen Sellge einverstanden waren und alles tun werden, um die Organisation zu stärken. Im Punkt Verschiedenes wurden noch einige lokale Angelegenheiten erörtert.

Mainz. Am Montag, den 25. Januar d. J., fand im Saale des „Goldenen Fluß“ eine Mitgliederversammlung statt. Der geplante Angriff der Prinzipale gegen die graphische Arbeiterchaft muß wie eine Bombe in die Reihen der Mainzer graphischen Hilfsarbeiter eingeschlagen haben, denn der Saal, der sich stets als zu groß erwies, war zum Erdrücken besetzt. Viele mußten sich mit einem Stehplatz begnügen. Ueber die Verhandlungen mit den Firmen Scholz und B. Schotts Söhne referierte Kollege Müller. Er gab eingehend ein Bild von den Verhandlungen mit Herrn Rudolf Scholz und Herrn Wilig Schröder als Vertreter der Steindruckfirmen, die hartnäckig bemüht waren, einen Lohnabbau durchzusetzen, sie begründeten ihn mit der momentan schlechten Wirtschaftslage. Kollege Kolb sowie der Galleiter Weg von Buchbinderverband brachten die Begründung der beiden Herren stark ins Wanken. Eine Eingung wurde an diesem Tage nicht ganz erreicht, uns aber eine Antwort zum Wochenende in Aussicht gestellt. Diese traf auch ein, der bisherige Lohnsatz soll bis längstens 28. Februar noch bezahlt werden. Die Vereinbarung könne aber vor diesem Termin mit vierzehntägiger Frist gekündigt werden, wenn sich ergebe, daß durch weitere Zahlung der „hohen Löhne“ der Fortbestand des Betriebes in Frage gestellt sei (Oh). Bezeichnend ist, daß der Vertreter der Christlichen eine Anteilnahme an der Verhandlung ablehnte. Herrn Strache scheint das Verhandlungsobjekt zu tiglich erschienen zu sein. Die christlichen Buchbinderarbeiterinnen mögen sich ihre Vertretung genauer ansehen.

Dann gab der Vorsitzende dem Kollegen Kolb das Wort zur Tarifkündigung. Unter großer Aufmerksamkeits der Versammlung ließ der Redner den Gang der Dinge in unserem Tarifgebäude Revue passieren. Er bewies mit seinen Ausführungen, wie der Reichstaxi für das graphische Hilfspersonal bei beiden Tarifkontrahenten eine günstige Wirkung ausgeübt hat. Wenn die Herren Prinzipale jetzt von einem „untragbar“ sprechen, so verweisen wir auf den ungeheuren Ausschlag vieler Druckerbetriebe in den letzten Jahren. Untragbar ist der Hilfsarbeitertaxi für die Prinzipale, die die Zustände früherer Zeiten zurückwünschen, als man ungestört dem Hilfspersonal die Haut abziehen konnte. Wer heute behauptet, die Arbeitsleistung sei gegen die Vorkriegszeit zurückgegangen, der tut es wider besseres Wissen. Das Gegenteil ist der Fall, die Arbeitsleistung ist heute höher denn je, und dies ist mit ein Produkt der tariflichen Erziehung. Der Angriff der Prinzipale macht bei den Hilfsarbeitern nicht halt. Er wird sich gegebenenfalls

in chronologischer Folge bei den übrigen graphischen Betrieben fortsetzen. Was wir alle zusammen abzuwehren haben, ist: Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung, Abschaffung der Ferien und der Ferientagsbezahlung. Es gibt nur eine gemeinsame Abwehr gegen die Front der Unternehmer, die aus den Zeitverhältnissen nichts, aber auch gar nichts gelernt haben. Jeder Beifall wurde dem Referenten am Schluß seiner Ausführungen zuteil. In der Diskussion, an der sich auch Vertreter unserer Bruderverbände beteiligten, wurde das Vorgehen der Prinzipale scharf gegeißelt und zum äußersten Widerstand aufgefordert. Kollege Müller forderte alle Mitglieder zur regen Mitarbeit auf und gab dementsprechende Anleitungen. Nach dem Schlusswort des Kollegen Kolb gab der Vorsitzende einen Antrag bekannt auf Ausschluß der Einlegerin Karoline Franz in Firma Els wegen unkollegialen Verhaltens und Rückstand der Beiträge. Der Vorsitzende beantwortete den Antrag. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die impotente Versammlung geschlossen.

Plauen i. V. Am Sonntag, den 23. Januar, fand unsere diesjährige Jahreshauptversammlung im „Schillergarten“ statt, die sehr gut besucht war. Als erster Punkt der Tagesordnung fand der Kasseebericht Erledigung. Obwohl im vergangenen Jahre unsere Zahlstelle einen großen Verlust hatte, der ausgeglichen werden mußte, zeigt die Kasse einen guten Stand. Bei der Neuwahl des Vorstandes einigten sich die Mitglieder einstimmig auf Kollegen Bögel als 1. Vorsitzenden und Kollegen Gerstner als Kassierer. Beide, die schon früher der Zahlstelle ihre Kräfte widmeten, nahmen die Wahl an. — Unter Verschiedenem wurden die Zustände der Zahlstelle erörtert; ganz besonders beschäftigte man sich mit dem Kundtschreiben des Vorstandes vom Gau V. Es wurde folgende aus der Mitte der Versammlung eingeleitete Entschliebung gefaßt: „Die Jahreshauptversammlung der Zahlstelle Plauen beschäftigte sich mit den Beschüssen des Gauvorstandes und billigt diese. Die Versammlung hat den festen Entschluß, gepannt im Kampfe um die Rechte der Hilfsarbeiter geschlossen hinter der Leitung zu stehen.“

Literatur.

Die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ bringt in ihrer Nr. 4 eine Aufforderung, die Polizei im Kampf gegen die Fremdenhede zu unterstützen. Sechs der geachteten Wortführer werden im Bild wiedergegeben. Die „Illustrierte Reichsbannerzeitung“ erscheint wöchentlich zum Preise von 20 Pf. pro Nummer und ist durch alle Gruppen des Reichsbanners, durch jede Volkshaus- und Buchhandlung zu beziehen.

Abrechnungen.

In der Woche vom 25. bis 30. Januar sind die Abrechnungen des 4. Quartals aus Gau 4a (Nürnberg) und Danzig eingegangen. An Geldbeiträgen kamen aus Berlin 25 000 M., aus Danzig 1263,35 M., aus Bielefeld 4. Rate 700 M. Aus Plauen gingen ferner noch 20 Mtl. zu der Sammlung für die streikenden Schriftgießer ein. Berlin, den 30. Januar 1926.

S. Bodahl

Für die Woche vom 7. bis 13. Februar ist die Beitragsliste in das mit 6 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches oder -karte zu legen.

Unserer lieben Kollegin Senta Schwalb nebst ihrem lieben Gemahl Ludwig Bloch die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegenzeit der Zahlstelle Diehen (Ammersee).

Berlin.
Am Sonntag, den 14. Februar 1926, in sämtlichen Räumen des
„Saalbau Friedrichshain“
Am Friedrichshain 16/21
Großer Maskenball
2 Musik-Kapellen
Die schönste und originellste Damen- und Herren-Maske wird prämiert
Anfang 6 Uhr Demaskierung 9 Uhr
Eintrittskarte inkl. Tanz und Steuer 1.— Mtl.
Karten sind bei allen Funktionären sowie im Bureau der Ortsverwaltung zu haben

STERBETAFEL
Nach schwerer Krankheit starb am 28. Januar unsere liebe Kollegin, die Buchdruckerarbeiterin Frau
Anna Stolze
(in Firma Edler & Krüße)
im Alter von 64 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Zahlstelle Hannover.
Am 28. Januar 1926 verschied nach langem, schmerzlichen Leiden unsere liebe Kollegin, die Buchdruckeranlegerin
Marin Schmitz
(in Firma J. R. Bachem)
im Alter von 28 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt der Verstorbenen
die Mitgliedschaft der
Zahlstelle Köln (Rhein).
Brenntortlich die Redaktion: A. Schultze, Charlottenburg, Westendstraße 16. Fernspr.: Amt Westend 1828. Verlag: S. Bodahl, Charlottenburg. — Druck: Bornsche-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.